

# Ecuador lässt sich von Washington einspannen

## Krise mit Kolumbien: Vorwürfe, Angriffe gegen mutmaßliche Drogenschmuggler und Zollkrieg sollen linke Regierung diskreditieren

Von Nils Heidenreich, Bogotá

Die Beziehungen zwischen Ecuador und Kolumbien waren vermutlich seit der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten 1862/63 nie mehr in einem so miserablen Zustand wie heute. Selbst die diplomatische Krise im Verhältnis der ehemals als Großkolumbien vereinten Nationen im Jahr 2008, als der damalige kolumbianische Präsident Álvaro Uribe ein Lager der FARC-Guerilla auf ecuadorianischem Territorium bombardieren ließ, wirkt im Nachgang relativ harmlos angesichts der Eskalation, die Ecuadors Präsident Daniel Noboa in den vergangenen Monaten vom Zaun gebrochen hat. Vorerst letzter Höhepunkt: 100 Prozent Zollabgabe auf kolumbianische Exporte, die am Freitag von Bogotá mit derselben Erhöhung auf ecuadorianische Einfuhren beantwortet wurde.

Die Zutaten der aktuellen Krise sind ähnlich denen des Jahres 2008, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Damals war es Uribe gelungen, den zweithöchsten Kommandanten der FARC, Raúl Reyes, mit geheimdienstlicher Hilfe und politischer Rückendeckung der USA zu töten. Dafür nahm der rechte Präsident diplomatische Spannungen mit dem damals linksregierten Ecuador in Kauf. Der Präsident Rafael Correa zog daraufhin seinen Botschafter aus Bogotá ab. Hinzu kommt dieser Tage ein Handelskrieg, der neben den diplomatischen Aspekten auch die ökonomischen Beziehungen beider Länder auf eine harte Probe stellt. Ende Januar hat Noboa den Zollkrieg gegen das Nachbarland begonnen, zunächst mit 30prozentigen Abgaben auf sämtliche Einfuhrprodukte aus Kolumbien – unter dem Vorwurf, dass die Regierung von Gustavo Petro die Bekämpfung des Drogenhandels nicht entschieden genug unterstütze. Später erhöhte er trotz Gesprächsangeboten aus Bogotá auf 50 Prozent und legte in der vergangenen Woche noch einmal 50 Prozentpunkte nach, so dass sich nun ab Mai die Kosten für kolumbianische Importe verdoppeln und den Handel beider Länder praktisch ersticken.

Dazu berief Noboa seinen Botschafter in Kolumbien zu Konsultationen zurück und begründete dies mit der Haltung Petros zum Prozess gegen den ehemaligen linken Vizepräsidenten Ecuadors, Jorge Glas. [Diesen hatte Noboa 2024 entgegen jeglicher internationaler Vereinbarungen aus der mexikanischen Botschaft entführen](#) und wegen Korruption vor Gericht stellen lassen. Petro hatte dies als politisch motivierte Strafverfolgung eingestuft, Glas die kolumbianische Staatsbürgerschaft ausgestellt und fordert seitdem seine

Auslieferung. Aufgrund der neuen Zollankündigungen zog der Präsident kurz darauf ebenfalls seinen Botschafter aus Quito ab.

Parallel dazu spitzte sich auch die militärische Lage zwischen den beiden Nachbarländern zu: Anfang Februar berichtete die kolumbianische *Revista Raya* über drei Explosionen ungewissen Ursprungs in der Region Nariño, bei denen 13 Menschen starben. Anfang März wiederum beschrieb die *New York Times*, dass Bauern in Putumayo ein nicht explodiertes US-Bombenmodell nahe der Grenze zu Ecuador gefunden hatten. Zu diesem Zeitpunkt führte das ecuadorianische Militär dort nach eigenen Angaben Luftangriffe gegen Drogenschmuggler durch. Präsident Petro beschuldigte Ecuador, die Bombe auf kolumbianisches Territorium abgeworfen zu haben, Noboa wies dies zurück. Am selben Tag erklärte Joseph Humire, kommissarischer Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, vor dem Repräsentantenhaus, dass Präsident Donald Trump mit der »Americas Counter Cartel Coalition« einen »kombinierten Militär- und Strafverfolgungsansatz« gegen »Drogen und Terror« ins Leben gerufen habe.

Die Angriffe vom 3. März unter dem Namen »Operation Total Extermination« seien auf Wunsch Ecuadors erfolgt und als Modell für weitere regionale Manöver gedacht. Am 6. März kündigte Verteidigungsminister Pete Hegseth einen weiteren Angriff an, den das Weiße Haus vor dem Kongress offiziell als Einsatz von US-Streitkräften in »Feindseligkeiten« einstufte – getroffen wurde laut Recherchen der *New York Times* eine ecuadorianische Milchfarm. Während die kolumbianische Seite auf diplomatische Vorsicht bedacht war und den Bombenfund auf ihrem Territorium von einem Militärsprecher auf einen möglichen Querschläger zurückführen ließ, bezichtigte Noboa seinen Amtskollegen Petro der Falschaussage und beschuldigte ihn erneut, bewaffneten Gruppen den Zugang nach Ecuador ermöglicht zu haben, da die Grenzsicherung vernachlässigt worden sei.

Der höchst eigenschädliche Kurs des ecuadorianischen Präsidenten scheint Teil der US-Strategie zur politischen Destabilisierung Kolumbiens mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen Ende Mai zu sein. Passend dazu veröffentlichte *El País* in der vergangenen Woche eine Audioaufnahme zweier Gesprächspartner, die sich darüber unterhalten, dass Anführer bewaffneter Gruppen zu Aussagen gegen Petro gebracht werden sollen. Im Austausch gegen die Rücknahme von Interpol-Fahndungen sollen sie Kolumbiens Präsidenten mit Drogenhandel in Verbindung bringen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520871.lateinamerika-ecuador-lasst-sich-von-washington-einspannen.html>